

EUROPÄISCHES PARLAMENT



SONDERAUSGABE

**EUROPÄISCHER RAT**  
**15. und 16. Juni 2006**  
**Brüssel**

**REDE DES PRÄSIDENTEN,  
HERRN JOSEP BORRELL FONTELLES  
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



02/S-2006

*Generaldirektion Präsidentschaft*

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2006)  
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2006)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\2006

---

## REDE DES PRÄSIDENTEN

---

### REDE DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS, JOSEP BORRELL FONTELLES

Europäischer Rat, 15. bis 16. Juni 2006, Brüssel

Verehrte Damen und Herren Staats- und Regierungschefs,

erneut spreche ich zum Rat im Namen des Europäischen Parlaments.

Und ich tue das mit Sorge über den Zustand, in dem sich unsere Europäische Union befindet.

Die tägliche Arbeit der Union verläuft normal. *Business as usual for usual business*. Aber die Probleme hinsichtlich Ausdehnung, Legitimität und Effizienz, die die EU belasten, sind heute schwerwiegender als am Tag nach Nizza. Dazu kommt, dass sie beginnen zusammenzuwirken, und einen Teufelskreis schaffen, der eine Eigendynamik entwickelt.

Und das euroskeptische Umfeld zu erkennen, bedeutet nicht, sich damit abzufinden. Es bedeutet auch nicht, Krisen zu mögen, Herr Barroso.

Die „Zeit der Reflexion“, mit der vor einem Jahr begonnen wurde, geht zu Ende, ohne dass es zu einem Konsens über die Zukunft des Verfassungsvertrags gekommen ist, und ohne dass man einen Plan B gefunden hat.

Die Ratifizierungen gingen weiter, aber einschließlich Finnlands sind es nicht einmal 20. Und räumen wir ein, dass mehrere Mitgliedstaaten – wahrscheinlich mehr als drei –, die noch nicht ratifiziert haben, nicht gerade entschlossen zu sein scheinen, dies zu tun. Wir wissen, dass weder Frankreich noch die Niederlande denselben Text erneut zur Abstimmung stellen werden, weder vor noch nach ihren nächsten Wahlen.

Somit scheint es wohl dringend geboten, angesichts der Schwierigkeit, zu ratifizieren, oder dem Problem, zu überarbeiten, also neu zu verhandeln, abzuwarten.

Folglich werden Sie beschließen, die Zeit der Reflexion zu verlängern. Angesichts der Umstände ist dies notwendig.

Es reicht aber nicht, Zeit verstreichen zu lassen. Die Reflexion muss mit der Aktion einhergehen.

**Es ist notwendig zu warten, aber es ist dringend notwendig zu reagieren.**

Das Europäische Parlament erkennt an, dass es notwendig ist zu warten, weiß aber auch, dass es dringend notwendig ist, tätig zu werden.

Warten ja, aber nicht endlos!

---

## REDE DES PRÄSIDENTEN

---

In seiner gestrigen Entschließung fordert das Europäische Parlament, bis 2007 einen klaren Vorschlag über die Zukunft des Verfassungsvertrags herbeizuführen und eine Lösung vor der nächsten Europawahl im Jahr 2009 zu finden.

Handeln, und zwar in verschiedene Richtungen gleichzeitig!

Erstens: Fortführung des Ratifizierungsprozesses. Zweitens: Erhaltung des vorgeschlagenen institutionellen Systems. Und drittens: Entwicklung einer ambitionierten Politik mit den Mitteln, über die wir verfügen, solange wir keine besseren haben.

**Letzteres hängt vor allem von Ihrem politischen Willen ab!**

**Was haben wir im vergangenen Jahr geleistet?**

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

wir alle haben uns an dem Prozess einer fruchtbaren und intensiven Debatte überall in unserem Europa mit Bürgern und zwischen Institutionen beteiligt, die von der Kommission, dem Parlament, den nationalen Regierungen und Parlamenten und der Zivilgesellschaft gefördert wurde.

Uns gingen von den Bürgern viele Meinungsäußerungen zu, die zuweilen widersprüchlich waren. Aus den Hauptstädten kamen in unabgestimmter Form viele Vorschläge, die auf wenig Zustimmung gestoßen sind.

Wir haben Befürchtungen gehört, die schon während der Referenden in Frankreich und den Niederlanden geäußert wurden.

Die Globalisierung schürt Angst. Mit oder ohne Grund sehen heute 47 % der Europäer sie als Bedrohung. In drei Jahren ist der Prozentsatz derjenigen, die die Globalisierung als Chance betrachten, von 56 % auf 37 % zurückgegangen

Die ständigen Erweiterungen wirken beunruhigend. Der internationale Wettbewerb ist hart. Die Sozialschutzsysteme sind gefährdet. Die Zuwanderung und das Altern der Bevölkerung stellen uns vor gewaltige Herausforderungen. Die Energie wird teurer, und die Versorgung ist unsicherer. Die Identitäten fühlen sich bedroht. Um uns herum gibt es Regionen, die eine gefährliche Instabilität aufweisen. Und die Bedrohung durch den Terrorismus ist heute größer als zu dem Zeitpunkt, als der Vertrag von Nizza unterzeichnet wurde.

Aber wir haben nur selten Kritik an der institutionellen Dimension des Verfassungsvertrags gehört, die sich im Wesentlichen in seinem ersten Teil findet.

Was die Europäer enttäuscht, ist die Tatsache, dass Europa dort zu sehr präsent ist, wo man den Nutzen nicht sieht, und dort am wenigsten aktiv ist, wo sein Tätigwerden notwendiger wäre.

Die Europäer sehen kaum die Vorteile ihrer Union. Europa wird weniger wegen seines Nutzens als wegen der Probleme wahrgenommen, die es schafft, und der Lösungen, die es nicht bietet. Eine enorme pädagogische Aufgabe liegt weiterhin vor uns.

---

## REDE DES PRÄSIDENTEN

---

Es ist aber wohl so, glaube ich, dass, wenn wir die Debatten mit den Bürgern zusammenfassen würden, wir die Erklärung von Laeken neu formulieren würden.

Fast alles, was wir in diesem Jahr der Reflexion gesagt und gehört haben, wurde bereits in dieser „Erklärung von Laeken“ vom Dezember 2001 formuliert, die am Ursprung des Verfassungsvertrags steht.

Einige Zitate verdeutlichen dies:

„Europa [muss sich] seiner Verantwortung hinsichtlich der Gestaltung der Globalisierung stellen.“

Ich zitiere weiter: „[Der Bürger] erwartet mehr Ergebnisse, bessere Antworten auf konkrete Fragen“; „...[er wünscht] für die Union eine gewichtigere Rolle auf den Gebieten der Justiz und der Sicherheit, der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, der Eindämmung der Migrationsströme ...“.

„Auch in den Bereichen Beschäftigung und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie im Bereich wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt will er Ergebnisse sehen.“

Das Problem sind nicht die Forderungen, sondern die Antworten. Es geht nicht um die Diagnose, sondern um die Therapie.

Meine Damen und Herren,

das Europäische Parlament hält den Vertrag von Nizza nicht für das geeignete Instrument, dass die Europäische Union eine Antwort auf die Bedenken und die Forderungen ihrer Bürger gibt. Außerdem ist es fest davon überzeugt, dass es in ihrem institutionellen Rahmen nicht möglich ist, den Prozess der Erweiterung fortzuführen.

Es ist nicht möglich, einem Haus immer neue Stockwerke hinzuzufügen, ohne sich über die Tragfähigkeit seines Fundaments Gedanken zu machen. Diese Einsicht bedeutet nicht, dass man gegen die Erweiterung ist, sondern nach den Voraussetzungen fragt, die sie ermöglichen.

### **Die Erweiterungen und die Aufnahmefähigkeit**

Es ist in der Tat so, dass eines der Themen, das am häufigsten im Lauf dieses Jahres Gegenstand von Debatten war, die Erweiterung gewesen ist. Sie steht im Zusammenhang mit der „Aufnahmefähigkeit“, die ebenfalls auf der Tagesordnung steht.

Die Erweiterung, die Erweiterungen, mit allen ihren Schwierigkeiten waren die bedeutendste strategische Leistung des europäischen Aufbauwerks. Als Spanier weiß ich das aus eigener Erfahrung.

Sie stärken die politische Stabilität und den wirtschaftlichen Wohlstand des europäischen Kontinents. Sie verbessern unsere Fähigkeit, auf die Globalisierung zu reagieren, und verwirklichen den Traum eines durch friedliche Mittel wiedervereinigten Europas.

---

## REDE DES PRÄSIDENTEN

---

Die Hinterlassenschaft von Hitler, Stalin und die Militärdiktaturen in Südeuropa zu überwinden, war eine zwingende moralische Verpflichtung.

Wir müssen aber auch anerkennen, dass die Erweiterungen, die letzte und die anstehenden, zu mehr Heterogenität bei uns geführt haben.

Das Motto der Verfassung war „In Vielfalt vereint“. Es ist aber legitim zu fragen, wie viel Vielfalt mit einer effizienten Union vereinbar ist.

Europa ist heute eine Welt im Kleinformat. Es bestehen Einkommensunterschiede zwischen den Gebieten, die von 1 bis 20 reichen. Eine unterschiedliche Geschichte führt zu einer unterschiedlichen Sichtweise der Welt und Europas selbst.

Deshalb werden Vereinbarungen auf der Grundlage der Einstimmigkeit immer schwieriger. Und wenn wir es schaffen, sind es Vereinbarungen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, die zu mehr Frustration als zu Lösungen führen.

Regelungen für die Beschlussfassung, die an die Anzahl nicht angepasst sind, verursachen Ineffizienz. Und die Ineffizienz entzieht Legitimität. Die Union läuft Gefahr, die auf ihren Ergebnissen basierende Legitimität zu verlieren. Zum Schluss kann es passieren, dass die Bürger ihr das Recht zum Tätigwerden selbst dort aberkennen, wo ihr Mehrwert größer wäre.

Jedes System ist nur beschränkt wachstumsfähig. Diese Fähigkeit hängt aber von seiner Fähigkeit zur Entwicklung ab, damit seine größere Dimension nicht zu weniger Effizienz führt.

Deshalb hat das Europäische Parlament gesagt, dass es mit dem Vertrag von Nizza nicht möglich sein werde, mit der Erweiterung der Europäischen Union um Rumänien und Bulgarien fortzufahren.

Dies ist ein Grund mehr, um aus der verfassungsmäßigen „Sackgasse“ herauszukommen und somit wieder in der Lage zu sein, der europäischen Perspektive gerecht zu werden, die wir dem Balkan angeboten haben.

Wir müssen unser institutionelles System reformieren, um zu vermeiden, dass es immer mehr Europäer und immer weniger Europa gibt.

Die geografische Erweiterung darf nicht zu Lasten unseres politischen Anspruchs gehen.

Erweiterung und Integration sind keine alternativen Prozesse, zwischen denen man wählen muss. Sie ergänzen sich gegenseitig, müssen sich jedoch im Gleichgewicht befinden. Europa wird im Guten und im Schlechten das Ergebnis des Unterschieds zwischen den Geschwindigkeiten beider Prozesse sein.

Seien wir uns der Tatsache bewusst, dass die Bürger das Ungleichgewicht zwischen einer immer größer werdenden Ausdehnung, immer unklarerer Zielsetzungen und immer weniger geeigneten Instrumenten sehen.

---

## REDE DES PRÄSIDENTEN

---

### **Was muss getan werden?**

#### Weiterführung des Ratifizierungsprozesses

An erster Stelle muss der Ratifizierungsprozess weitergeführt werden.

Das Europäische Parlament und die großen europäischen politischen Parteien fordern den Rat auf, das Ratifizierungsverfahren der Länder, die noch nicht ratifiziert haben, voranzutreiben.

Irgendwann muss das Verfahren als abgeschlossen betrachtet, die Ratifizierungen gezählt und entsprechend gehandelt werden.

Die Einstimmigkeit ist notwendig, aber es ist nicht dasselbe, ob es zwei, drei oder mehr oder weniger als fünf Länder sind, die nicht ratifiziert haben.

#### Beibehaltung des globalen Kompromisses und des institutionellen Systems des Verfassungsvertrags

Das Europäische Parlament bekräftigt erneut seinen Widerstand gegen eine nur teilweise Anwendung des globalen Kompromisses des Projekts und ist der Ansicht, dass das institutionelle System, das es vorschlägt, geachtet werden muss.

Das Parlament ist erfreut, mit der Kommission darin einer Meinung zu sein, dass Nizza nicht ausreicht. Viele von Ihnen haben das auch gesagt. Und die Führer der wichtigsten europäischen politischen Parteien haben dies bekräftigt.

Der Verfassungsvertrag ist keine ästhetische Laune derjenigen, die sich eine Gesamtsicht des politischen Europas wünschen, die in einem alles zusammenfassenden Text enthalten ist.

Er entsteht aus der Überzeugung, dass der Vertrag von Nizza keine tragfähige Grundlage bietet, um den europäischen Integrationsprozess fortzusetzen. Diesen Vertrag zu reformieren, ist einer der großen Fortschritte des Verfassungsvertrags. Es wird sehr schwierig sein, eine einstimmige Einigung über ein anderes System zu erreichen. Deshalb ist es wichtig, unbeschadet von jeder notwendigen Überarbeitung diesen Teil des Vertrags zu erhalten.

#### Das Europa der Projekte und ein Projekt für Europa

In der Zwischenzeit müssen die Instrumente, die uns die derzeitigen Verträge an die Hand geben, häufiger und besser genutzt werden.

Es ist zweifellos notwendig, die positiven Wirkungen der europäischen Politik greifbarer zu machen. Die Bürger bewerten die Institutionen anhand ihrer Ergebnisse. Aber das Europa der Projekte ist keine Alternative zu einem Projekt für Europa, wie das Präsident Barroso in Straßburg erkannt hat.

---

## REDE DES PRÄSIDENTEN

---

Ist es möglich, aus dem, was wir haben, mehr und Besseres zu machen? Zweifellos. Die unzureichende Abstimmung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Europa, seine Handlungsschwäche auf dem Gebiet der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz sind weder ein technisches noch ein institutionelles Problem, sondern Ergebnis eines mangelnden politischen Willens. Und dies wird kein Text lösen, auch wenn wir ihn noch so sehr als Verfassung bezeichnen.

Dieser Mangel an politischem Willen betrifft insbesondere das Problem der Zuwanderung, das auch auf Ihrer Tagesordnung steht.

Erlauben Sie mir angesichts der ernsten Aktualität dieses Problems und der besonderen Aufmerksamkeit, die das EP ihm widmet, einige Überlegungen dazu.

### **Zuwanderung: sieben Jahre nach Tampere**

Zuwanderung ist eine große soziologische Herausforderung unserer Zeit. Wenn wir Einfluss auf die Globalisierung – vor allem in Afrika – nehmen wollen, liegt hier eine wichtige Priorität für unser Handeln.

Jedoch sieben Jahre nach Tampere, haben wir Fortschritte nur bei einem der vier Aspekte einer gemeinsamen Einwanderungspolitik erzielt: bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung.

Bei den anderen Aspekten (legale Einwanderung, Zusammenarbeit mit Drittländern und Integration der Zuwanderer) haben wir wenig oder rein gar nichts erreicht. Die Einstimmigkeitsregel blockiert die Entscheidungsfindung.

Der politische Wille benötigt Instrumente, um ihn umzusetzen. Dies setzt die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat und die Mitentscheidung mit dem EP gemäß der in Artikel 67 des EG-Vertrags vorgesehenen Überleitungsklausel voraus.

Die Einwanderungspolitik darf nicht isoliert von der Entwicklungspolitik betrachtet werden. Unser Handeln muss auf der Partnerschaft mit den Herkunftsländern, insbesondere der Länder Afrikas südlich der Sahara, beruhen. Ihnen muss mehr und Besseres angeboten, und sie müssen in die Pflicht genommen werden, wie dies bereits im Abkommen von Cotonou vorgesehen war, wenn wir denn die illegale Einwanderung mit anderen Mitteln als der Repression eindämmen wollen.

Nun möchte ich auf zwei konkrete Probleme aus dem Bereich Sicherheit und Justiz eingehen (für die nicht „dringend abgewartet“, sondern „dringend gehandelt“ werden muss).

### **Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen**

Erneut ist es die zwischenstaatliche Methode, die uns lähmt, und dies wird allgemein anerkannt. Der Verfassungsvertrag sah die Vergemeinschaftung dieses dritten Pfeilers vor.

Jedoch verfügen wir in den derzeitigen Verträgen bereits über eine Überleitungsklausel (Artikel 42 des EU-Vertrags), die es uns erlauben würde, zur Gemeinschaftsmethode überzugehen. Dies bedeutet zugleich mehr Schnelligkeit, mehr Wirksamkeit und mehr demokratische Kontrolle. Das Parlament hat dies bereits vor einiger Zeit vorgeschlagen.



---

## REDE DES PRÄSIDENTEN

---

Ich begrüße es, dass mehrere Mitgliedstaaten und die Kommission diesen Vorschlag unterstützen. Ich ersuche Sie, es zu tun, geht es doch nicht darum, dem Verfassungsvertrag teilweise vorzugreifen, sondern ein Verfahren anzuwenden, das uns bereits zur Verfügung steht.

### Das PNR-Urteil (*Passenger Name Records*)

Die neue Situation, die durch das Urteil des Gerichtshofs geschaffen wurde, der auf Ersuchen des Parlaments einen Beschluss des Rates und der Kommission über die Übermittlung von personenbezogenen Fluggastdaten an die amerikanischen Behörden für nichtig erklärt hat, erfordert eine faire Zusammenarbeit zwischen unseren Institutionen. Wie wir gesehen haben, heben die Gerichte unsere Beschlüsse auf, wenn es diese faire Zusammenarbeit nicht gibt, und die Folgen tragen dann die Bürger oder das Ansehen unserer Union.

Diese Situation hätte vermieden werden können, hätte man die Überleitung vom dritten zum ersten Pfeiler, die ich zuvor erwähnt habe, genutzt.

Jetzt müssen der Rat und die Kommission die dringend notwendigen Entscheidungen treffen. Wir, Parlament, Rat und Kommission, müssen allerdings zusammen auf die folgende Etappe hinarbeiten, die eines endgültigen Abkommens mit den Mitgliedstaaten ab November 2007. Wir dürfen einer Diskussion nicht ausweichen, die auf die Grundrechte der Bürger abhebt, noch sollten wir die Rolle der Parlamente bei einem so heiklen Thema außer Acht lassen.

Diese faire Zusammenarbeit, die ich erwähnt habe, ermöglichte es unter der britischen Ratspräsidentschaft und dank dem Mitentscheidungsverfahren, in Rekordzeit zu einer schwierigen Vereinbarung über die Speicherung von Kommunikationsdaten zu gelangen.

Der Rat hat sich damals verpflichtet, umgehend den Rahmenbeschluss über den Datenschutz anzunehmen, ohne dass dieses Versprechen eingelöst wurde.

Ich hoffe, dass der Rat gleichzeitig diesen Rahmenbeschluss und den Beschluss über die PNR erlässt.

(\*\*\* Ich hoffe ebenfalls, dass die Grundrechte-Agentur, deren Gründung von Ihnen im Jahr 2003 verlangt wurde, rasch Fortschritte macht. Das Parlament bedauert es, dass es einige Mitgliedstaaten ablehnen, dass die Agentur Befugnisse im dritten Pfeiler erhält.)

(Ich bedauere es, dass das Thema der Agentur von der heutigen Tagesordnung gestrichen wurde.)

Abschließend möchte ich noch einige methodische Überlegungen über die interparlamentarische Dynamik und die symbolische Rückkehr zu den historischen Quellen zu bestimmten Zeiten anstellen.

---

## REDE DES PRÄSIDENTEN

---

### Die parlamentarische Dynamik

Die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten ist beträchtlich ausgebaut worden. Wir alle zusammen haben eine parlamentarische Dynamik geschaffen, die der Reflexion dienen, zum Handeln anregen und die Legitimität unserer Union stärken kann.

Ein Beweis dafür ist das interparlamentarische Treffen vom 8. und 9. Mai am symbolträchtigen Europa-Tag, das gemeinsam mit dem österreichischen Ratsvorsitz veranstaltet wurde.

Dieses Treffen wird während der finnischen Ratspräsidentschaft wiederholt werden, und wir werden auch gemeinsam den Termin 2008 vorbereiten, wenn es um die Überprüfung der Finanziellen Vorausschau geht, insbesondere in Bezug auf Eigenmittel der EU.

Falls irgendeine Revision des Verfassungsvertrags nötig sein sollte, muss diese parlamentarische Dimension aufgenommen werden. Die Zeit der Verhandlungen zwischen den Regierungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit ist längst vorbei. Europa wird nicht ohne seine Bürger aufgebaut werden können, d.h. ohne eine stärkere Einbindung ihrer Parlamente. Das ist eine der wichtigen Lehren aus dieser Erfahrung.

Aus dieser Perspektive heraus unterstützt das Parlament den Vorschlag des österreichischen Ratsvorsitzes, die Beratungen des Rates in seiner Eigenschaft als Legislativorgan transparent zu machen.

Ich hoffe, Sie werden sich darüber einigen.

### **Zurück nach Messina?**

Die nahe Zukunft beschert uns viele symbolträchtige Jubiläen, die wir begehen wollen: 50 Jahre nach dem Römischen Vertrag fällt in das Jahr 2007 der zehnte Jahrestag der Ratstagung von Amsterdam, die der erste erfolglose Versuch war, unsere Institutionen zu reformieren.

Wie Sie sehen, gibt es nicht nur ruhmreiche Jubiläen.

Die Kommission schlägt vor, noch weiterzugehen, bis Messina. (Ein halbes Jahrhundert nach dem Römischen Vertrag würden wir die Spuren der Gründerväter suchen.)

Sicher, Messina war im Jahr 1955 das Gegenmittel gegen das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Aber in Messina geht es nicht nur um einen Binnenmarkt.

Bei einer erneuten Lektüre ist man erstaunt über das Maß an politischem Ehrgeiz.

Schon damals wurde eine gemeinsame Energiepolitik vorgeschlagen. Und die Harmonisierung der Sozialpolitik. Und gemeinsame Regelungen über die Arbeitszeit, ein Thema, an dem unsere Minister erst vor wenigen Tagen erneut gescheitert sind.

---

## REDE DES PRÄSIDENTEN

---

Angesichts dieser Sachlage stellt sich die Frage: Würden wir uns heute den Vorhaben der 6 von gestern anschließen? Lassen Sie uns nicht an Messina erinnern, um weniger zu sagen als vor 50 Jahren! Für die Festlegung der Werte und Ziele der Union haben wir bereits den Verfassungsvertrag, den Sie unterzeichnet haben.

Würde eine neue Erklärung sie bekräftigen, oder würde uns der Versuch, die abzufassen, auf den Weg zu neuen und schwierigen Verhandlungen führen, die Probleme erneut aufwerfen würden, die nur mit großer Mühe zu lösen waren?

Zum Schluss möchte ich Paul-Henri Spaak zitieren (in seinen bekannten Memoiren „*Combats inachevés*“): „Aber wenn Schwierigkeiten auftraten, gewannen wir aus unseren gemeinsamen Überzeugungen die Phantasie, die notwendig war, um sie zu überwinden.“

Teilen wir, die 25, und bald 27, ausreichende gemeinsame Überzeugungen? Werden wir die notwendige Phantasie haben, um die Schwierigkeiten von heute zu überwinden?

Möglicherweise lag das Problem mehr in den Umständen als im Text.

Benutzen wir nicht die Umstände als Vorwände! Egal, über welche Texte wir uns einigen, sie werden nur Wert haben wegen der gemeinsamen Überzeugungen, deren Ausfluss sie sind, und wegen des politischen Willens, sie anzuwenden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---